



Insertionspreis: Seite 90 Bl. General-Anzeigen 60 Bl., Wohnungs-Anzeigen 30 Bl. ... Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

„Berliner Tageblatt“ und „Haus-, Hof- und Garten“ erscheint wochentlich zweimal. ... Gutschrift: Theodor Wolff in Berlin.

Die „Bordabzüge“ vor Gericht.

Nr. 659. 41. Jahrgang. Sonnabend 28. Dezember 1912. Die „Bordabzüge“ vor Gericht.

Hierzu die Wochen-Beilagen „ULK“ Nr. 52 und „Haus, Hof, Garten“ Nr. 52.

Die „Bordabzüge“ vor Gericht.

Don (Nachdruck verboten.) Dr. med. Struvs-Riel, Mitglied des Reichstages. Von Zeit zu Zeit schlägt das Reichsministerium beim ...

Diesem etwas ornathaften Bescheid sieht nun der Chef der Norddeutschen Lloyd-Reederei zu erklären, dass man ja noch Kammergericht und eventuell Reichsgericht abwarten könne, dass das letzte Urteil vielleicht nur die Klagenenden zufriedentelle, allenfalls familiäre richterliche Besinne, aber noch nicht die anderen Gehaltsempfänger.

Am 21. Dezember gibt Graf v. Daudhoff in einem neuen Tagesbefehl bekannt, dass das Reichsministerium den Verzicht auf die Verjährungseinrede noch nicht ausgesprochen habe: das Reichsministerium sei sich wohl noch nicht schlüssig geworden.

Rund heraus ist die Sachlage also, dass eine hohe Kommandostelle in sehr dankenswerter Vertretung der Interessen ihrer Offiziere und Beamten diesen drei Tage vor dem Weihnachtstfest den Rat geben muß, beiseite zu lassen — nämlich in acht Tagen — eine Klage gegen ihre oberste Verwaltungsglieder zu erheben.

Der v. Tirpitz schreibt selbst, dass in weite Kreise der Marine eine gewisse Unruhe sich hineingetragen ist — vor Jahr und Tag betrafte man sich mit Ruhe und Hingabe in der Marine in Aufzählung zu bringen. Das Gittern für die betroffenen Marinekreise hat ihm sein Stationschef abgenommen — aber gefehlet muß mehr.

Die Chancen Poincarés.

Die Gegenkandidatur Ribots. — Deschanel als Mann der Wahlreformgegner. — Clemenceau Einsuß. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Durch die Erklärung Poincarés ist die Vorbereitung für die Wahl in Versailles in Bewegung gekommen. Herr Ribot wird tatsächlich seine Kandidatur aufrecht erhalten. Einem Interviewer des „Lemps“ teilte er selbst mit, daß er vor einigen Tagen, dem Frängen seiner Freunde nachgehend, sich bei den Senatoren als Bewerber gemeldet habe und daß er sich nun nicht mehr möglich sei, seine Kandidatur zurückzunehmen.

Gegner dieser Reform in das Glatte schlugen. Aber das ist nicht die erste Schwankung in seiner ziemlich hinständigen politischen Karriere. Zu diesem Gegenstande des Prinzipals kommen allerlei persönliche Neigungen und Abneigungen. Nach manchem, was man hier hört, ist Herr Poincaré im Senat nicht sehr beliebt, und es ist möglich, daß die radikalen Senatoren der Gruppe Clemenceau-Gombes ihm im letzten Augenblicke einen Strich durch die Rechnung machen. In den kommenden drei Wochen wird sich wohl noch vieles klären; so wie die Dinge jetzt liegen, hat Herr Poincaré viele, aber bei weitem nicht alle Chancen für sich.

Die Aussichten der türkischen Gegenverträge.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Offizielle Nachrichten über die türkischen Gegenverträge, die morgen früh Mevlid Pascha auf der Friedenskonferenz vorlegen wird, sind den Balkanbelegierten natürlich noch nicht zugegangen. Aber was aus Konstantinopel über deren Charakter gemeldet wird, hat bei den Vertretern des Balkanbündnisses gelindes Erstaunen hervorgerufen. Sie sehen, wie sie offen erklären, heute wie zu Beginn der Verhandlungen auf dem Standpunkt, daß die Forderungen der Verbündeten sehr sorgfältig abgemessen und sogar das bestimmend mit Rücksicht auf ein möglichst freundschaftliches Verhältnis zur Türkei aufgestellt wurden. Daraus müßte man schließen, und zwar nicht gerade zur Förderung der Friedensausichten, daß die Verbündeten nur in unwesentlichen Dingen nachgeben werden.

Die angeblichen bulgarisch-türkischen Sonderverhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die hiesigen Blätter halten die Nachricht von hier ausgehenden Sonderverhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei für unrichtig. Dem „Kremler“ zufolge wohnte einer der bulgarischen Unterhändler, der als der Finanzier Hadzsi Kalischew bezeichnet wird, im „Pera Palace Hotel“, wo er unter russischen Namen abgehört wurde. Kalischew hat Konstantinopel nach mehreren Wochen Aufenthalt auf der Front verlassen. Über die Verhandlungen wird an mehreren Stellen fortgesetzt abgefragt. Schmeicheln gewahrt.

Die Enttäuschung in Serbien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Der Eindruck, den die Beschlüsse der Großmächte über Albanien und die Halbinsel in Serbien gemacht haben, ist, wie schon gemeldet, ein ziemlich peinlicher. Die hiesige Regierung dürfte für die nächste Zeit gerade keine leidigen Stand gegenüber der öffentlichen Meinung haben. Das sieht man schon jetzt deutlich aus der Haltung der lokalen Presse. Einige Blätter, welche die Regierung in der gegenwärtigen Situation gerne schonen möchten, wie „Politika“ und „Tribuna“, bemühen sich allerdings, darauf hinzuwirken, daß die Erfolge Serbiens, wenn auch außer Verhältnis zu seinen Siegen, immerhin seine geringen seien. Er erhalte den größeren Teil des Sandjak, die Territorien von Kraljevo sowie einen unbedeutenden, wenn auch neutralen Auszug zur Westseite, und das neue Albanien werde ihm die schönsten Teile des von den Serben eroberten Gebiets nach Belieben lassen. Aber der bei weitem größte Teil der Blätter, und insbesondere die Parteiblätter der Fortschrittler und Nationalisten, sprechen sich ganz anders an. Sie greifen die Regierung rüchlos an. Durch ihre Schuld habe Serbien eine diplomatische Niederlage erlitten. Denn das Land sei in die Kampagne eingetreten, ohne sich über die wahre Stimmung der Großmächte vorher genau zu informieren, und habe sich dabei noch unzureichend